

# Positionspapier Staat und Gesellschaft

Verabschiedet durch die Mitgliederversammlung am 18.03.2017

## Wir fordern:

- **Mehr Freiheit, weniger Staat!**
- **Bewahrung des Föderalismus!**
- **Mehr Selbstverantwortung!**
- **E-Voting auf allen Stufen!**
- **Liberalisierung der Öffnungszeiten!**
- **Keine unnötigen Kleidungs Vorschriften!**
- **Der Konsum von Cannabis ist zu legalisieren!**
- **Öffnung der Ehe für alle!**

**Mehr Freiheit, weniger Staat!** Das ist das Ziel der Jungfreisinnigen St. Gallen. Dafür kämpfen wir! Freiheit ist für uns immer auch mit Verantwortung – für uns selbst, für unsere Mitmenschen und für unsere Um- und Nachwelt – verbunden. Und wir sind der festen Überzeugung, dass der Mensch diese Verantwortung weitreichend selbst übernehmen kann und somit auch die Freiheit verdient. Nur Freiheit ermöglicht es dem Individuum und der Gesellschaft sich zu entfalten. Sie ist die einzige Möglichkeit, eine gerechte Gesellschaft zu schaffen; vorausgesetzt, es wird auch entsprechend Verantwortung übernommen. Nur eine freiheitliche Ordnung schafft Wohlstand für alle! <sup>[L]</sup><sub>[SEP]</sub>

**Bewahrung des Föderalismus**, denn er ist ein zentraler Faktor im Erfolgsmodell Schweiz! Nur so können Gesetze und Regelungen auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten werden. Zudem fördert der Föderalismus den gesunden Konkurrenzkampf zwischen Kantonen und Gemeinden, was wiederum zu mehr Effizienz bei den öffentlichen Verwaltungen führt. Letztendlich profitieren die Bürgerinnen und Bürger von dieser erhöhten Effizienz beispielsweise durch tiefere Steuern und somit mehr Wohlstand. <sup>[L]</sup><sub>[SEP]</sub>

**Mehr Selbstverantwortung** für die einzelne Bürgerin, den einzelnen Bürger! Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben beschränken und lediglich dort eingreifen, wo die Freiheit des Menschen speziell zu schützen

ist. Diese auf Vertrauen basierende Haltung ist ein Grundprinzip des liberalen Staatswesens, welches es zu behüten gilt. <sup>[L]</sup><sub>[SEP]</sub>

**E-Voting auf allen Stufen!** Auch im Bereich der demokratischen Rechte und Pflichten müssen Anpassungen gemacht werden. Durch ein flächendeckendes Einführen von E-Voting kann insbesondere die junge Generation zum Wählen und Abstimmen bewegt werden. Da E-Voting für Auslandsschweizer bereits verfügbar ist, wäre es mit wenig Aufwand möglich das System für alle Schweizer auszuweiten. <sup>[L]</sup><sub>[SEP]</sub>

**Liberalisierung der Öffnungszeiten!** Ob Grossverteiler, Detailhandel oder Gastgewerbe: Die heutigen Öffnungszeiten sind nicht mehr zeitgemäss. Öffnungszeiten sollen sich nicht an alten Gesetzen sondern am Markt orientieren. Das wäre ein Gewinn für das Gewerbe; und ein Gewinn für die Gesellschaft. Zudem würden dadurch Arbeitsplätze geschaffen, die auch für Studierende oder Zweitverdienende attraktiv wären, weil vermehrt Möglichkeiten bestünden, am Abend und an den Wochenenden zu arbeiten. <sup>[L]</sup><sub>[SEP]</sub>

**Kein Kopftuchverbot!** Denn eine solche Vorgabe stellt einen Eingriff in die persönliche Freiheit dar und ist mit einer offenen, toleranten Gesellschaft nicht vereinbar. Jede Person soll sich so anziehen, wie es ihr beliebt und wie sie sich wohlfühlt. Dies gilt fürs Tragen von Miniröcken genauso wie für



Kopftücher. Diese Haltung nehmen wir auch im Bezug zur Vermummung ein. Wir lehnen ein generelles Vermummungsverbot im öffentlichen Raum ab. Die JFSG lehnen unnötige Kleidungs Vorschriften auch deshalb ab, da eine allfällige Einführung breit angelegte Kontrollen zur Folge hätte. Es liegt auf der Hand, dass dadurch ein erheblicher bürokratischer Mehraufwand generiert würde.

**Der Konsum von Cannabis ist zu liberalisieren** und die Abgabe zu kontrollieren. Die Entfernung von der liberalen Hanfpolitik in den neunziger Jahren hat gezeigt, dass der Konsum von harten Drogen dadurch gefördert wird und die Substanzkonzentration, in den auf dem Schwarzmarkt erhältlichen Cannabispräparaten, zugenommen hat: Richtiger Jugendschutz kann nur garantiert werden, wenn die Abgabe streng reguliert und die Inhaltsstoffe kontrolliert werden. Verbote von harten Drogen sollen weiterhin bestehen bleiben. Durch den Cannabiskonsum entstandene Kosten müssen durch die Konsumierenden getragen werden, indem Cannabispräparate entsprechend besteuert werden. Zudem sollen alle Verkaufsverbote für Tabakprodukte, wie z.B. Snus, aufgehoben werden! Auch hier gilt: Der mündige Bürger ist fähig selbst zu bestimmen, was er konsumieren will und ist sich allfälliger Konsequenzen bewusst!

**Öffnung der Ehe für alle!** Durch die Annahme des Partnerschaftsgesetzes 2005 wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare getätigt. Allerdings werden sie gegenüber Mann-Frau-Beziehungen aus nicht stichhaltigen Gründen noch immer benachteiligt und eingetragene Partnerschaften sogar bestraft. So dürfen gleichgeschlechtliche Paare in eingetragener Partnerschaft bspw. keine Kinder adoptieren, während dies ohne Eintragung möglich ist. Ein offensichtlicher Missstand! Deshalb fordern wir die vollständige rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare! Sei es durch Anpassung im Partnerschaftsgesetz oder der Öffnung der Ehe für alle.

